



NGW - Pressemitteilung zur Mitgliederversammlung 2019

Mars-la-Tour-Straße 4
26121 Oldenburg
Tel. 0441 / 361 381 0
Fax 0441 / 361 381 20
e-mail info@ngw-landesverband.de
Internet www.ngw-landesverband.de

Visbek, 19.06.2019

Die deutsche Geflügelwirtschaft stellt sich konsequent aktuellen Herausforderungen – jetzt muss auch die Politik mit klaren Entscheidungen für die Zukunft der heimischen Nutztierhaltung sorgen!

I. Warum überhöhte Produktionsstandards und Fleischverzicht in Deutschland nicht nachhaltig sind

Die Nutztierhaltung in Deutschland steht nicht nur im harten europäischen und internationalen Wettbewerb, sondern ist einem erheblichen gesellschaftlichen Druck ausgesetzt. Ein Verzicht auf Fleischprodukte mit Verweis auf Gesundheitsvorteile, Tierschutz oder besseren Umwelt- und Ressourcenschutz führen nach Aussage von Prof. Schmitz nicht zu den gewünschten Zielen. Zudem reagiert die Politik auf die Kritik zur Nutztierhaltung mit immer schärferen Tierschutz- und tierbezogenen Umweltstandards, die letztlich zu erheblichen Kostensteigerungen für Erzeugung und Verarbeitung von tierischen Produkten führen.

Prof. Schmitz von der Justus-Liebig-Universität erklärt in seinen Ausführungen, warum in **Deutschland überhöhte Produktionsstandards und Fleischverzicht nicht nachhaltig sind**. Vor dem Hintergrund dieser potenziellen Belastungsfaktoren für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Nutztierhaltung verfolgt er in seiner Studie das Ziel, die Kosten und Nutzen einer rein pflanzlichen Ernährung im globalen Kontext zu quantifizieren und Antworten zu finden, wie Politik auf Problembereiche mit wirksamen und effizienten Maßnahmen reagieren sollte.

„Eine rein pflanzliche Ernährung kann mit Blick auf Umwelt, Klima und Welternährung nicht halten, was Kritiker der Nutztierhaltung versprechen“, fasst Prof. P. Michael Schmitz, Agrarökonom und Autor der Studie, das Kernergebnis zusammen. Problembereiche dabei sind die Unterernährung in armen Ländern, die Klimabelastung, der Land- und Wasserverbrauch sowie die Nährstoffverluste der tierischen Produktion.

Im Ergebnis zeigt sich, dass Fleischverzicht, Kostenanstieg und Sojaimportverbot zu Milliardenverlusten für Erzeuger und volkswirtschaftliche Wohlfahrt führen, insbesondere wenn Deutschland Maßnahmen im nationalen Alleingang und nicht EU-einheitlich durchsetzt. Die Milliardenverluste sowie die Verluste an Marktanteilen und Arbeitsplätzen fallen umso höher aus, je mehr der internationale Agrarhandel und die Investitions- und Innovationsaktivitäten durch die Maßnahmen eingeschränkt werden, und sie steigen exponentiell mit dem Grad des Konsumverzichts bzw. des Kostenanstiegs. Kommt beides zusammen, ist die Existenzfähigkeit der deutschen Nutztierhaltung eindeutig gefährdet. Die Effekte von Fleischverzicht und Kostenanstieg in der EU auf den Land- und Wasserverbrauch sowie auf die CO₂-Emissionen fallen dagegen wider Erwarten durchweg gering aus.

„Es gibt wirksamere Instrumente, ohne die Nutztierhaltung in ihrer Existenz zu gefährden. Technologische Fortschritte und Innovationen u.a. in der Pflanzen- und Tierzucht, der Tierernährung, der Tierhaltung und Tiergesundheit sind hier zu nennen“, so die Aussage von Prof. Schmitz.

II. Die Nationale Nutztierstrategie – ein konkreter Lösungsansatz für die aktuellen Zielkonflikte in der deutschen Nutztierhaltung?

Frau Dr. Kirsten Kemmerling vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) arbeitet in der Stabsstelle Nutztierstrategie. In Ihren Ausführungen über die Nationale Nutztierstrategie geht sie der Fragestellung nach, wie diese Strategie ein Lösungsansatz für die derzeit bestehenden Zielkonflikte in der deutschen Nutztierhaltung werden kann.

„Mit der Strategie soll eine breite Zustimmung der Gesellschaft zur Nutztierhaltung erreicht und den Landwirten Planungssicherheit für eine wettbewerbsfähige Tierproduktion in Deutschland gegeben werden“, so die Aussage von Dr. Kemmerling.

Die Nationale Nutztierstrategie kann nur erfolgreich sein, wenn die weiter steigenden Mehraufwendungen für Tierwohl in den heimischen Ställen durch höhere Preise auf der Erzeugerseite ausgeglichen werden. Nur wenn die Gesellschaft und eine Mehrheit der Verbraucher real bereit sind, für die heimische Lebensmittelerzeugung mit ihrem Mehrwert in Tierschutz und Lebensmittelsicherheit höhere Preise an der Ladentheke zu bezahlen, wird es gelingen, heimischen Nutztierhaltern und der deutschen Ernährungswirtschaft die Zukunft zu sichern!

III. Die deutsche Nutztierhaltung ist ohne verlässliche Zukunftsplanung gefährdet!

NGW-Vorsitzender Friedrich-Otto Ripke stellt unmissverständlich fest: **„Das laufende Jahr 2019 wird ein Schicksalsjahr für die deutsche Nutztierhaltung! Es wird für die Politik ein Jahr der Entscheidungsnotwendigkeiten und der Bekenntnisse für oder gegen eine nachhaltige Zukunftssicherung unserer Höfe, Familien und Unternehmen der Ernährungswirtschaft werden. Das gilt über die Landwirtschaft hinaus auch für die ländlichen Räume in denen rund 70 % unserer Bevölkerung leben!“**

Die Zeit ist reif, Bilanz zu ziehen und klar zu sagen, wie es weitergehen soll, resümiert Ripke. Diese Bilanz darf nur die in Praxis und Wissenschaft erarbeiteten Fakten berücksichtigen und nicht die unbelegten Behauptungen von NGO's, Teilen der Politik und der Medien. Nicht Internet-Scheinwahrheiten dürfen das Handeln beeinflussen. Vielmehr müssen wieder wissenschaftlich gesicherte Fakten Entscheidungsgrundlage sein. Dazu werden Politiker 'Mut, Kompetenz und Standfestigkeit' beweisen müssen - ebenso wie es Geflügelhalter und Unternehmen der Ernährungswirtschaft in den vergangenen Jahren tun mussten. Auch die Hilfe verantwortungsbewusster Medien, die unbeeinflusst von NGO's und Youtubern ihrem öffentlich rechtlichen Informationsauftrag gerecht werden, wird vonnöten sein. Massenmediale Skandalisierungen und moralische Verurteilungen über Gerichtsurteile hinaus haben sichtbare Folgen in der Landwirtschaft: Betriebsnachfolger werden weniger und Höfesterben nimmt messbar zu. Das ist bei mangelnder Wertschätzung und zunehmenden finanziellen Risiken in der Landwirtschaft eine logische und nicht etwa überraschende Folge. „Die Kenntnisnahme dieser besorgniserregenden Entwicklung wird in unserer Gesellschaft regelmäßig verweigert und das wird schwerwiegende Folgen für unsere Ernährungssicherung, für unseren Lebensmittelsicherheits-Standard, für unsere angestrebten Tierwohl-Fortschritte und für unseren Trend nach Lebensmitteln aus der heimischen Region haben“ so Ripke.

Die aktuellen deutschen Selbstversorgungsgrade sind einer der sicheren Indikatoren für diese Negativentwicklung. Sie liegen bei Eiern bei 69 %, bei Putenfleisch bei 73 % und bei Masthähnchen bei 98 %. Importe nehmen weiter zu, in der Regel als Billigimporte aus osteuropäischen und Drittländern.

Wir – Politik und Wirtschaft – müssen das gemeinsam aufhalten und haben in der reinen Sachbilanz alle Gründe dafür. Die Geflügelwirtschaft hat in den vergangenen 5 Jahren enormes geleistet. Beispielhaft ist aufzuzählen:

KAT-Siegel für Eier, breite QS-Zertifizierung in der Mast, Antibiotika-Therapieindex-Erfassung gemäß 16. Arzneimittelgesetznovelle, Verzicht auf Schnabelbehandlung bei Legehennen, optische Erfassung der Fußballengesundheit in der Mast, Reduzierung von Emissionen durch Stallfilter, persönliche Sachkunde der Tierhalter, bestes Futter, kompetente Geflügel-Tierarztpraxen und technisch auf Tierschutz ausgerichtete Stalltechnik.

Handelsblatt-Research bescheinigt uns schon 2016, bei den Tierschutzstandards in der Geflügelmast international führend zu sein. Mit der zwischen Lebensmitteleinzelhandel und Schweine- und Geflügelwirtschaft gemeinsam entwickelten Brancheninitiative Tierwohl (ITW) wird das jeden Tag praktisch umgesetzt und den Verbraucherinnen und Verbrauchern angeboten. Seit dem 01. April 2019 auch mit vierstufigem Haltungsformkompass im LEH auf den Verpackungen tierischer Lebensmittel. Aufwendige Initiativen der Geflügelwirtschaft zu mehr Transparenz durch virtuelle und reale Stallbesuche, durch Kampagnen wie die „Geflügelrepublik Deutschland“ oder in 2019 die Kampagne zur Deutschen Herkunftskennzeichnung „Der Klüger fragt nach!“, runden die Aktivitäten gezielt ab.

„Wir haben geliefert und auf unsere Kosten viel geleistet! Jetzt brauchen wir von Politik, Handel und Verbrauchern die dringend notwendige Gegenleistung!“ hebt Ripke hervor.

Als Instrument sieht er die Nationale Nutztierstrategie. In diesem Rahmen können und müssen Praxis, Wissenschaft, Verbände und Politik einen verlässlichen Zukunftsplan für die deutsche Nutztierhaltung entwickeln. Das muss sofort und entscheidungsfreudig geschehen. Viel Zeit zum Diskutieren und Streiten haben wir nicht mehr.

Konkret schlägt der NGW-Vorsitzende vor:

1. Für die Umsetzung von mehr Tierschutz und Tierwohl gibt es in den Ergebnisrapporten der Tierschutzpläne und Runden Tische der Bundesländer aktuelle Vorschläge. Diese korrespondieren in der Regel mit den aus Haltungsversuchen in von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) geförderten Modell- und Demonstrationsbetrieben (MuD-Betriebe) abgeleiteten Verbesserungsvorschlägen sowie mit den Resultaten von Wissenschaftsprojekten.

Alle Ergebnisse sollten systematisch zusammengeführt und in bundesweite und grundsätzlich einheitliche Haltungsempfehlungen umgesetzt werden. Der Weg der Bundesregierung, die abgeleiteten Haltungsempfehlungen über **wissensbasierte Datenbanken und Bundeskompetenzzentren** für Rind, Schwein und Geflügel zügig in die praktische Umsetzung zu bringen, ist zielführend. Er kann für Planungssicherheit sorgen, die von deutschen Nutztierhaltern aktuell vermisst wird.

2. Auch die gerade beginnende bundeseitige Förderung des Baus von „**Ställen der Zukunft**“ in MuD-Praxisbetrieben und von „**Experimentierställen**“ in öffentlichen Einrichtungen und Hochschulen ist ein wichtiger Schritt in die Zukunftssicherung unserer nachhaltigen Nutztierhaltung. Versuche und Messungen müssen hier Fakten schaffen.

Landwirtschaftskammern, Lehr- und Versuchsanstalten und Verbände sind mit ihrer Fachberatung an der Wissensübertragung in die Praxis zu beteiligen und können direkt in ihren Regionen und bei ihren Mitgliedern für entsprechende Fort- und Weiterbildung sorgen.

3. Vor allem im deutschen Bau- und Emissionsrecht sind intelligente Veränderungen notwendig, wenn der Tierschutz und das Tierwohl zukünftig mit Priorität umgesetzt werden sollen.

Ohne Stall-Um- und -Neubauten wird es nicht gehen! Unter zu definierenden Bedingungen werden Privilegien im Außenbereich und eine **Öffnungsklausel der TA-Luft** notwendig werden. Expertengruppen müssen umgehend einberufen und mit Fristvorgaben um kon-

krete Lösungsvorschläge gebeten werden. Die Nutztierstrategie muss hier schnellstmöglich faktenbasierte und fest definierte Entscheidungsgrundlagen schaffen.

Praxis und Wissenschaft sind im Emissionsbereich gefordert, umgehend Messprogramme für Ammoniak, Geruch und Bioaerosole aufzulegen. Die Ergebnisse müssen der Erarbeitung **bundeseinheitlicher Vorgaben für die Erteilung von Bau- und Betriebsgenehmigungen durch die zuständigen kommunalen Behörden dienen.**

4. Ohne Finanzierung wird sich eine tierwohlgerechte Nutztierhaltung nicht realisieren lassen.

Mit anderen Worten: Die deutschen Tierhalter und auch die Unternehmen der verarbeitenden Ernährungswirtschaft können mittel- und langfristig ihre Mehrkosten nicht allein und aus eigenem Budget finanzieren.

Sie benötigen eine verlässliche Mehrkostenerstattung, die die deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher über gezielt und transparent an die verschiedenen Tierwohlstufen nach oben angepasste Verbraucherpreise zahlen müssen (Marktlösung).

In diesem Zusammenhang spielt die **Herkunftskennzeichnung eine wichtige Rolle.** Ohne sie fehlt den Verbrauchern die Grundlage für ihre positive Kaufentscheidung zugunsten teurerer einheimischer Lebensmittel mit dem nachgewiesenen Mehrwert Tierwohl und gegen ausländische Billigimporte.

Die Bundesregierung wird aufgefordert sein, **für den Preisaufschlag Richtwerte anzugeben.** Diese werden kartell- und europarechtlichen Vorgaben entsprechen müssen und sollten von einer Expertengruppe unter Mitwirkung der Wirtschaft und des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) erarbeitet werden.

5. Grundlage für eine praktikable Lösung muss eine mehrstufige Tierwohlkennzeichnung sein. Das gilt für den im Markt eingeführten vierstufigen Haltungskompass des LEH genauso wie für eine staatliche Kennzeichnung. Beide können nur mit Nämlichkeit, d.h. mit Rückverfolgbarkeit der gelabelten Lebensmittel in den Erzeugerbetrieb funktionieren.

Neben dem **freiwilligen staatlichen Tierwohllabel** sollte umgehend auch **über Vor- und Nachteile einer verbindlichen staatlichen Haltungs- und Herkunftskennzeichnung diskutiert werden.** Sie könnte möglicherweise **Sofort – und Breitenwirkung** entfalten und folgende Stufen ausweisen:

0 = Haltung unterhalb des deutschen Gesetzes-Standards

1 = Haltung nach deutschem Gesetzes-Standard

2 = Haltung über deutschem Gesetzes-Standard, z.B mit reduzierter Besatzdichte nach ITW

3 = Haltung gemäß Stufe 2 plus Außenklima

4 = Haltung gemäß Stufe 2 plus Auslauf und weiteren Auflagen / Biohaltung.

Die Herkunftskennzeichnung wäre einfach über den Zusatz von Länderkürzeln (z.B. DE, NL, DK) zu kombinieren.

Die staatliche Kennzeichnung darf nicht freiwillig sein. Sie muss verbindlich für alle Vermarktungswege gelten – auch für das bedeutende Großverbrauchersegment außerhalb

des LEH. Die staatliche Kennzeichnung muss alle Tierarten erfassen und im Markt Breitenwirkung entfalten. Das gilt nicht nur für den Anteil gekennzeichnete tierischer Lebensmittel im Markt, sondern vor allem für die Akzeptanz und Kaufbereitschaft möglichst vieler Verbraucher. Nur so kann das System erfolgreich ins Laufen kommen! Voraussetzung dafür wird sein, dass die Lebensmittel der ersten Labelstufe für breite Verbraucherschichten erschwinglich bleiben. Es drängt sich faktisch auf, diesbezüglich die 2. Stufe des ITW-Haltungsformkompasses identisch mit der 2. Stufe einer möglichen staatlichen Kennzeichnung zu definieren. Entsprechende Lebensmittel werden von den Tierhaltern und Vermarktern bereits im Rahmen der Brancheninitiative Tierwohl (ITW) angeboten und von Verbrauchern gekauft. Die Markteinführung hat praktisch schon stattgefunden und sich bewährt.

Deutschland und auch die Bundesregierung hätte auf diese Weise einen **gesicherten Markteinstieg der gekennzeichneten Lebensmittel** und durch die hohe Tierzahl trotz des im Vergleich zu höheren Stufen inhaltlich geringeren Tierwohl-Fortschrittes in der Summe wesentlich mehr Nutztiere besser gestellt als in nahezu allen anderen bedeutenden Nutztierländern Europas und der Welt. Wichtig ist, dass endlich praxisnah und realistisch begonnen wird und sich ein System und seine Finanzierung am Markt etablieren, finanzieren und dann mittelfristig sicher auch weiterentwickeln können.

Ein entscheidender Vorteil der Kriterien-Gleichsetzung der 2. Stufe des ITW-Kompasses mit der 2. Stufe der staatlichen Kennzeichnung wäre auch der gleiche Richtwert für den notwendigen Preisaufschlag.

6. Wichtigstes und erstes Ziel der Nutztierstrategie muss sein, Tierschutz- und Tierwohlfortschritte real und praktisch möglich zu machen. Ökonomische und rechtliche Grundlagen sind hier gleichermaßen entscheidend. **Sie müssen der Deutschen Nutztierhaltung ihre Zukunft im harten internationalen Wettbewerb langfristig sichern. Sie müssen für längerfristig sichere und beständige Planungs- und Abschreibungszeiträume von mindestens 15 Jahren sorgen.** Nur dann werden unsere Nutztierhalter mit ihren einmaligen Erfahrungen im Tierschutzfortschritt, mit ihrer hervorragenden persönlichen Sachkunde und mit ihren vergleichsweise im Hinblick auf z.B. Stallklima und Stallhygiene sehr fortschrittlichen Ställen **bei der Zielerreichung mitmachen können.**
7. Wenn bestimmte und praktikable Tierhaltungsvorgaben in verbindlichen Rechtsvorschriften umgesetzt werden sollen, dürfen diese nicht einseitig die Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Geflügelhaltung gefährden. Sie sind vielmehr von der Bundesregierung aktiv und nachdrücklich in europäische Richtlinien einzubringen. Die deutsche EU - Ratspräsidentschaft in der 2. Jahreshälfte 2020 bietet dazu Gelegenheit. Die Politik muss dabei immer vor Augen haben, dass Bauern und Geflügelhalter für sinnvollen Fortschritt immer offen sind. Für seine praktische Umsetzung brauchen sie aber fast immer ausreichende Übergangsfristen.